

# **Mike Huster: Oberbürgermeisterin ruiniert die Stadt Gera**

## **Kernthesen:**

In Gera regieren Inkompetenz und Ignoranz .....	1
Der Stadtrat hat einen politischen Kraftakt zur Haushaltssicherung gemeistert .....	1
Die Oberbürgermeisterin hat die persönliche Günstlingswirtschaft eingeführt.....	2
Die städtische Finanzplanung ist unverantwortlich .....	3
Bei den Stadtwerken wurde personelles Chaos angerichtet.....	3
Oberbürgermeisterin hat als Aufsichtsratsvorsitzende vollständig versagt .....	3
Die Oberbürgermeisterin setzt falsche Prioritäten .....	4

DIE LINKE. setzt sich für eine generelle Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung ein. Die Städte, die Gemeinden und die Landkreise müssen in der Lage sein, ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben, die Aufgaben der örtlichen Daseinsvorsorge sowie ein Mindestmaß an freiwilligen Aufgaben, insbesondere im Kulturbereich, wahrzunehmen.

Die Zuweisung einzelner Konsolidierungshilfen und die Bereitstellung einmaliger Finanzmittel durch den Freistaat bieten keine ausreichende Planungssicherheit für die kommunale Ebene.

## **In Gera regieren Inkompetenz und Ignoranz**

In der Stadt Gera kommt verschärfend ein weiteres Problem hinzu. Unabhängig von der verbesserungsbedürftigen Finanzausstattung aller Kommunen müssen wir mit ansehen, wie die seit Juli 2012 amtierende Oberbürgermeisterin die Finanzen der Stadt ruiniert.

Hinzu tritt eine bundesweit einmalige Gefährdung des gesamten städtischen Unternehmensverbundes in der Stadtwerke-Holding, deren Aufsichtsratsvorsitzende die Oberbürgermeisterin ist.

Diese Sondersituation ist durch Inkompetenz und Ignoranz herbeigeführt worden. Ich begrüße deshalb ausdrücklich, dass das Landesverwaltungsamt mit Schreiben vom 17. April 2014 die Oberbürgermeisterin jetzt erstmalig auch auf strafrechtliche Konsequenzen hingewiesen hat.

## **Der Stadtrat hat einen politischen Kraftakt zur Haushaltssicherung gemeistert**

Nach den Wirren um die fehlerhafte Haushaltsplanung der Oberbürgermeisterin hatte der Stadtrat in einer Kraftanstrengung aller demokratischen Fraktionen am 14. November 2013 ein Haushaltssicherungskonzept verabschiedet, das die Rechtsaufsicht im Dezember auch genehmigte.

In den darauf folgenden sechs Monaten hat die Oberbürgermeisterin aber nicht etwa den vom Stadtrat vorgezeichneten Konsolidierungsprozess eingeleitet, sondern reihenweise Fehlleistungen erbracht und damit die Öffentlichkeit wie auch die Stadträte hinter's Licht geführt. Dazu folgende Beispiele:

#### Erste Fehlleistung - Kreditaufnahmen „untergejubelt“

In ihrer Haushaltsrede im Stadtrat hatte die Oberbürgermeisterin im November 2013 öffentlich erklärt, dass für die Folgejahre keine Kreditaufnahmen mehr möglich seien. Im Nachtragshaushalt waren dann trotzdem Kreditaufnahmen versteckt, weswegen dieser von der Rechtsaufsicht nicht genehmigt werden konnte. Die seit November 2013 bestehende haushaltslose Zeit - mit allen negativen Folgen, die sich in Kürze beispielsweise bei den Freiwilligkeitsaufgaben zeigen werden - sind der Inkompetenz der Oberbürgermeisterin geschuldet.

#### Zweite Fehlleistung - Hebesatzsatzung schlicht vergessen

Als für die Finanzen zuständige Wahlbeamtin hatte die Oberbürgermeisterin im Stadtrat verschwiegen, dass mit dem Beschluss zum Nachtragshaushalt am 14. November 2013 die alte "Steuerhebesatz-Satzung" hätte aufgehoben oder angepasst werden müssen. Da dies unterblieb, wäre die mehrheitlich beschlossene Erhöhung der Hebesätze gar nicht wirksam geworden. Die Oberbürgermeisterin hat Öffentlichkeit und Stadträte in dieser Frage durch Ignoranz hinter's Licht geführt.

#### Dritte Fehlleistung - Öffentliche Stellenausschreibungen statt Wiederbesetzungssperre

Die Oberbürgermeisterin hatte dem Stadtrat im November 2013 zudem vorgespiegelt, nun auch endlich die Verwaltungskosten senken und die personelle Ausstattung der Stadtverwaltung schrittweise dem Bevölkerungsrückgang anpassen zu wollen.

Als erste Maßnahme war eine Wiederbesetzungssperre für alle frei werdenden Stellen geplant. Auch hier wurden Öffentlichkeit und Stadträte hinter's Licht geführt. Denn statt frei werdende Stellen haushaltswirksam zu streichen, wurden diese aus dem OB-Bereich weiterhin öffentlich zur Nachbesetzung ausgeschrieben. Allein Ende Februar gab es öffentliche Ausschreibungen für fünf Stellen im Bereich der Stadtverwaltung. Den verbindlichen Stadtratsbeschluss vom Juli 2013, nämlich unverzüglich ein Personal- und Stellenentwicklungskonzept zu erarbeiten, hat die Oberbürgermeisterin bis heute pflichtwidrig nicht erfüllt.

#### **Die Oberbürgermeisterin hat die persönliche Günstlingswirtschaft eingeführt**

Statt einer konsequenten Senkung der Personalausgaben anzugehen, hat die Oberbürgermeisterin durch persönliche Günstlingswirtschaft erhebliche Mehrausgaben verursacht. Ihr Wahlkampf-Pressesprecher wurde nach Amtsantritt als Leitungskraft zur Stadtverwaltung befördert und dessen Pressestelle dann mit doppelt so viel Personal ausgestattet als beispielsweise die Pressestelle des Thüringer Finanzministeriums zur Verfügung hat.

Während der Amtsvorgänger einen persönlichen Referenten hatte, benötigt die heute amtierende Oberbürgermeisterin zwei Referenten, weil noch eine gut dotierte Beamtin aus ihrer vorherigen Dienststelle auf Kosten der Stadt Gera zu versorgen war.

Der vor Jahren als Fachdienstleiter im Tiefbau abgelöste ehemalige Personalratsvorsitzende, der sich durch ein Freudenfeuerwerk zum Amtsantritt der Oberbürgermeisterin besonders qualifiziert hatte, wurde ohne engsprechende Ausschreibung und Ausbildung Ende letzten Jahres zum "Fachdienstleiter für Personal, Organisation und Konsolidierung" befördert.

### **Die städtische Finanzplanung ist unverantwortlich**

Im Mai 2013 hat sich die Oberbürgermeisterin den Finanzbereich persönlich zugeordnet. Mittlerweile sind Liquiditäts- und Finanzplanung der Kontrolle vollkommen entglitten. Die Stadt Gera darf ihre Konten gegenwärtig um maximal 49,5 Mio. Euro überziehen. Dies ist der zulässige Höchstbetrag der sogenannten Kassenkredite und stellt die "rote Ampel" dar. Zwischenzeitlich hat die Stadt Gera auch aufgrund meines Engagements in der Fraktion DIE LINKE., in der Interfraktionellen Arbeitsgruppe (IFAG) und im Stadtrat Gera vom Freistaat Thüringen Sonderzuweisungen in Höhe von gut 3,9 Mio. Euro erhalten.

Dennoch plant die Oberbürgermeisterin für dieses Jahr mit einer Kontoüberziehung in Höhe von knapp 60 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung der bereits erhaltenen Sonderzuweisungen liegt dieser Betrag weit über dem im Haushaltssicherungskonzept dargestellten Liquiditätsbedarf für 2014, weil die Oberbürgermeisterin die avisierten Konsolidierungsmaßnahmen bislang nicht bzw. nur ungenügend umgesetzt hat. Unter dieser Oberbürgermeisterin ist der städtische Haushalt ein Fass ohne Boden.

Ich erwarte, dass der Freistaat Thüringen all seine Möglichkeiten ausschöpft, um dieses ruinöse Gebaren zu beenden.

### **Bei den Stadtwerken wurde personelles Chaos angerichtet**

Bei den Stadtwerken sieht die Bilanz der Oberbürgermeisterin nicht besser aus. Dort hat die Oberbürgermeisterin als Aufsichtsratsvorsitzende erst einmal personelles Chaos angerichtet. In den vergangenen zehn Monaten, also seit Juli 2013, haben die Stadtwerke den mittlerweile dritten Vorstandschef. Jeder wird begreifen, dass dies in schwieriger Lage nicht vertrauensbildend wirkt.

### **Oberbürgermeisterin hat als Aufsichtsratsvorsitzende vollständig versagt**

Im Stadtwerkekonzern hat die Oberbürgermeisterin als Aufsichtsratsvorsitzende unternehmerisch auf der gesamten Linie versagt. Die Probleme des Stadtwerkekonzerns und einiger seiner Töchter sind seit längerem bekannt.

Meine Fraktionskollegin, Margit Jung, hat gegenüber der Oberbürgermeisterin seit zwei Jahren zurecht angemahnt, dass in dieser Situation regelmäßige Abstimmungen zwischen der Oberbürgermeisterin und Aufsichtsratsvorsitzenden, den Fraktionen des Stadtrates und den Geschäftsführern und Geschäftsführerinnen der kommunalen Gesellschaften dringend und regelmäßig stattfinden müssten, um die bekannten Probleme gemeinsam lösen zu können.

Bis heute gibt es diese Runde nicht. Dies erschwert massiv ein inhaltlich abgestimmtes Agieren und führt zwangsläufig zu weiteren Verschärfungen wie aktuell.

Das zur Finanzierung des Stadtbahnausbaus im Mai 2013 den Gremien vorgestellte, sinnvolle Forfaitierungsmodell wurde nicht weiter verfolgt und verschwand in der Versenkung. Die großen Finanzierungsprobleme für den öffentlichen Personennahverkehr sind geblieben.

Trotz zusätzlicher hochdotierter Wirtschaftsprüfer ist kein Licht am Ende des Stadtwerke-Tunnels absehbar. Die Oberbürgermeisterin muss Rechenschaft ablegen, welche Ergebnisse mit der lang anhaltenden und teuren Begleitung der Stadtwerke eigentlich erzielt worden sind.

Kurzfristig konnte offenbar dringend benötigtes Geld nur durch Veräußerung des Stadtwerkegebäudes eingenommen werden. Wenn dieses Geld in absehbarer Zeit aufgebraucht sein wird, ist das Vermögen am Gebäude weg, ist das Geld ausgegeben. Eine Insolvenz würde bedeuten, dass alle städtischen Gesellschaften - von der Energieversorgung bis hin zur Wohnungsgesellschaft - in die "Konkursmasse" fallen. Es gibt bundesweit keinen vergleichbaren Fall einer solchen unternehmerischen Katastrophe im kommunalen Bereich.

### **Die Oberbürgermeisterin setzt falsche Prioritäten**

Ungeachtet all dieser drängenden Probleme erfreut uns die Oberbürgermeisterin dann mit Ankündigungen verschiedenster Art. Sie verspricht uns den Campus Rutheneum, ein Wismut-Museum und die Rettung des KuK – alles ehrenwerte Ziele. Allerdings gefährdet die Oberbürgermeisterin durch die gröbliche Missachtung der Auflagen des Thüringer Landesverwaltungsamtes und eine in weiten Teilen rechtswidrigen Personalpolitik diese wichtigen Ziele für Gera.

Die Prioritätensetzung in den knapp zwei Jahren Amtszeit der Oberbürgermeisterin kann man an einem Beispiel verdeutlichen: Die Siemensstraße darf man jetzt auf gefühlten 2.000 Metern mit 70 statt wie vorher mit 50 km/h befahren. Damit kommt jeder Autofahrer stadteinwärts rd. 20 Sekunden schneller an die Kreuzung Berliner Straße.

Die Kompetenz der Oberbürgermeisterin kann man dadurch verdeutlichen, dass sie im November 2013 im Haushalts- und Finanzausschuss bei der Abstimmung über IHR Sanierungskonzept und den Nachtragshaushalt 2013 „vergaß“, an der Abstimmung teilzunehmen. Man könnte darüber lachen, wenn es nicht für die Stadt Gera und die Geraer Bürger zum Heulen wäre.

Ich gehe davon aus, dass die gewichtigen Geraer Probleme gelöst werden können. Weiter gehe ich davon aus, dass zeitnah ein breites Bündnis der demokratischen Parteien im Zusammenwirken mit dem Freistaat Thüringen dafür sorgen muss, dass Gera lebensfähig bleibt und vorhandene Entwicklungschancen genutzt werden. Die Geraer Oberbürgermeisterin Dr. Hahn hat dazu bis heute keinen Beitrag geleistet.